

Arbeit(slosigkeit) bleibt ein Thema.

Seit den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts hat der Gesetzgeber sich verstärkt mit dem Phänomen der Arbeitslosigkeit beschäftigen müssen.

Sozialpläne sind erarbeitet und umgesetzt worden um Massenentlassungen entgegenzuwirken. Spezielle Massnahmen, in Form von atypischen Arbeitskontrakten, sind in die Gesetzgebung aufgenommen worden um Arbeitslose zu beschäftigen.

Die Arbeitslosigkeit ist geblieben, sogar in Luxemburg.

Und sie wird nicht verschwinden. Im Gegenteil, sie wird in nächster Zeit noch zunehmen.

Die Frage die man sich natürlich stellen muss, ist die, ob die gesetzlichen Instrumente zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die eingesetzt wurden richtig waren. Heute sicher nicht mehr. Die bleibende Arbeitslosigkeit ist der beste Beweis.

Die neue Losung heisst jetzt « aktive Arbeitsmarktpolitik », und das wäre gut so.

Wenn es sich nun aber herausstellt dass damit wiederum gemeint ist dass aktive Arbeitsmarktpolitik das Monopol des Staates wäre indem er bestens definierte Bevölkerungsgruppen dazu zu zwingen versucht an sogenannten « Massnahmen » teilzunehmen, dann machen wir nicht nur einen Schritt zurück, sondern wir verhindern dass eben diese Leute die « aktiviert » werden sollen an diesem Prozess teilhaben dürfen.

Die Konsequenz ist offensichtlich : Wer als Bürger zweiter Klasse behandelt wird, benimmt sich auch dementsprechend.

Dieser Bürger wird sich auf keinen Fall dazu berufen fühlen, eine Leistung, die der Gesellschaft als wichtig erscheint, zu erbringen.

Die Chance, das Phänomen Arbeitslosigkeit besser in den Begriff zu bekommen ist gegeben.

Wir sollten sie nutzen.

Das bedeutet aber vorrangig dass wir bestimmte Vorstellungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgeben müssen. Es wird in Zukunft nicht darum gehen die Bürger die keine Arbeit haben zu aktivieren, sondern es wird darum gehen sich aktiv damit zu beschäftigen welche Arbeit gebraucht wird und nötig ist.

Ist diese Arbeit vorhanden, wird sie auch geleistet werden.

Das wird auf keinen Fall eine Frage der Finanzierung sein. Arbeitslosigkeit kostet die Allgemeinheit mit all ihren Nebenkosten die sie bewirkt sehr viel Geld. Das wird keine Frage sein wie man Menschen aktivieren kann, sondern wie man in Menschen investieren kann. Das bedeutet dass man endlich ernst machen muss mit der Einführung des « lebenslangen Lernens ». Ausbildung kann nicht ein « Privileg » sein das bestraft wird indem es schlecht belohnt wird.

Wenn nicht das Hire and Fire Prinzip in den grossen Betrieben so allgegenwärtig wäre, würde man diese als gutes Beispiel für das Erkennen der Wichtigkeit von Weiterbildung anführen können.

Diese Betriebe haben erkannt dass man in die permanente Weiterbildung aus betriebswirtschaftlichen Gründen investieren muss, also in die Mitarbeiter. Staatliche Instanzen haben das scheinbar noch nicht begriffen, obwohl es volkswirtschaftlich genauso sinnvoll wäre. Es würde den Bürgern zugutekommen.

Es kann nicht die Frage sein ob man bestehenden Betrieben ihre Arbeit wegnimmt, zu gross ist die Zahl der Arbeitslosen. Es geht darum zu beschreiben wieviel Arbeit wir machen wollen, wieviel Arbeit nötig ist damit die Bedürfnisse der Gesellschaft gedeckt sind. Es wird mit Bestimmtheit Menschen geben die diese Arbeit leisten wollen. Es kann nicht die Frage sein welche Instanz oder Verwaltung die Hauptverantwortung zur Umsetzung dieser Bestrebungen hat, es geht darum allen Bürgern die Möglichkeiten zur Mitarbeit zu eröffnen.

Diese angeführten Elemente sind keine idealistischen Vorschläge.

Sie werden von den Europäischen Instanzen propagiert. Sie werden auch in Ansätzen in Nationalen politischen Programmen berücksichtigt. Sie werden aber von den politischen Parteien nicht in ausreichendem Masse diskutiert. Sie werden infolgedessen vom Gesetzgeber, den Verwaltungen und ihrer Mitarbeiter, nicht in ihrer möglichen Tragweite in neue Konzeptionen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik miteinbezogen. Sie werden aber heute schon von fortschrittlichen Organisationen und Bürgern praktiziert.

Die Gefahr besteht dass sich an ausgedienten, bestehenden Gesetzen orientiert wird, um Neue zu schaffen deren Logik aber die gleiche bleibt. Das heisst dass wiederum versucht wird das Phänomen Arbeitslosigkeit durch « positive » Ausgrenzung und Stigmatisierung zu verdrängen.

Eine Bestandsaufnahme der heute in Luxemburg existierenden Modelle der Solidar- und Sozialwirtschaft die von Organisationen und Bürgern umgesetzt werden, würde zeigen welche Vielfalt an erfolgreichen Ansätzen und Programmen schon « arbeiten » und Arbeit schaffen. Sie würde ebenso zeigen dass wir in Europa zu den fortschrittlichsten Ländern in Sachen moderner Sozialstaat und innovativer Strukturen zählen könnten.

Dazu bedarf es aber sicher noch eines politischen Erwachens in Sachen Kenntnissnahme des Existierenden und des sich Annehmens der ausserordentlich politischen Aufgabe der Diskussion um einen Paradigmenwechsel in Sachen Arbeitsmarktpolitik

Nichtsdestotrotz, die Projekte arbeiten, tagtäglich. Die Strukturen festigen sich, tagtäglich. Die Arbeit und die Menschen die sie leisten, nimmt zu, tagtäglich. Es wäre an der Zeit einen Zustand vermeiden zu wollen, indem die Zivilgesellschaft dabei ist die Politik und den Gesetzgeber zu überholen, dies im Sinne eines besten demokratischen Verständnisses.

Es geht um die Menschen. Es geht um ihre Beteiligung durch Arbeit. Deshalb sollten wir uns nicht scheuen ein neues Verständniss für die Problematik « Arbeit(slosigkeit) » zu entwickeln und somit ausgetretene Pfade verlassen.

Die Chance ist da, am Anfang dieses neuen Jahrhunderts.

Das SIC, der unlautere Wettbewerb und das OPE.

Anmerkungen zur Pressekonferenz des SIC (Syndicat des indépendants et des classes moyennes) vom 5 März 2003.

Die Europäische Kommission spricht in Bezug auf die von den Gesellschaften ohne Gewinnzweck organisierten Arbeitsfeldern nicht mehr von « Beschäftigungsinitiativen » sondern vom « Dritten System ».

Das Dritte System ist die Bezeichnung für einen neuen Wirtschaftsbereich der neben der Marktwirtschaft (Privatsektor) und der Verteilungswirtschaft des Staates (öffentlicher Sektor), ältere und neue Aktivitäten aufgreift die vornehmlich einen sozialen Hintergrund haben und so hauptsächlich zur Kohäsion in unserer Gesellschaft beitragen.

Je nach Beschreibung dieses dritten Sektors und der ihm zugerechneten Gesellschaften liegt ihr Beitrag zum Bruttoinlandprodukt in den meisten Europäischen Ländern gut über zehn Prozent, ein Verhältnis das übrigens auch in punkto Beschäftigung gleich ist.

In Luxemburg liegt dieser Prozentsatz noch immer weit unter zehn Prozent, wir haben also eher Aufholbedarf.

Das Europäische Modell eines modernen Sozialstaates baut seit dem Anfang des letzten Jahrhunderts auf die Idee einer Solidargemeinschaft, in der die verschiedensten Leistungen zum Wohlergehen jedes Einzelnen von der Allgemeinheit geleistet werden und so dazu dienen den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu gewährleisten.

In diesem Sinne sind Gemeinwesenorientierte, vom Verteilerauftrag des Staates hergeleitete Institutionen entstanden, die verschiedene Leistungen übernommen haben. An manche haben wir uns schon lange gewöhnt.

Ob das Systeme wie die Kranken- oder Pensionskassen sind, ob das im Gesundheitswesen die Spitäler sind, ob das im Bereich der sozialen Ausgrenzung karitative Strukturen sind oder ob es, und diese Entwicklung ist rezenter, im Bereich der bezahlten Arbeit, der Umwelt, der Frauen oder des lebenslangen Lernens neuartige Gesellschaften sind die in diesen Bereichen aktiv wurden.

Dieser ganze Beitrag der genannten (und nicht genannten) Promoteure hat so hauptsächlich zum Auftrag mitzuhelfen uns vor einer ungerechten und inhumanen Gesellschaft zu schützen und wird heute als das « Dritte System » bezeichnet.

Dass diese Strukturen, Organisationen oder Institutionen Rechenschaft ablegen müssen über ihre Aktivitäten und auch über ihre Art der Geldverwendung bringt sie zwangsläufig in die Bringschuld zu einer wirtschaftlichen Bewertung.

Wenn das für ältere Strukturen als absolut normal empfunden wird, wird dies bei den neueren Strukturen noch immer nicht getan, da man erstens davon ausgeht dass dieselben nur Geld konsumieren ohne eine wirkliche Gegenleistung zu erbringen und dass bis heute, und das gilt für

alle Europäischen Länder kein Rechenmodell entwickelt wurde das die Leistungen ausserhalb des pekuniären Bereiches messen kann.

So findet sich das « Investment » in solche Strukturen nur in der Ausgabenseite der Staatsbuchführung wieder, ohne jeglichen Gegenposten, und das ist logischerweise eine falsche Sicht der Dinge wenn man weiss dass das Bruttoinlandprodukt davon profitiert.

Natürlich interessiert sich das SIC für die rezenteren Strukturen, deren Verschleiss an öffentlichen Geldern und der Verzerrung des Wettbewerbs der anscheinend dadurch entsteht, sie veranlasst mit Vehemenz zu klagen.

Global wäre die Frage zu stellen welche Unkosten der Allgemeinheit entstehen wenn die « normale » Wirtschaft agiert. Die Öltanker die Umweltkatastrophen verursachen, deren Reparationskosten im Unermesslichen liegen, sind ein gutes Beispiel dafür. Die Schadensverursachung sowie die Reparationskosten werden positiv verbucht und tragen so zum wirtschaftlichen Wachstum bei.

Welch eine Verkehrung der objektiven Rechenmethoden wenn man weiss dass (soziale) Betriebe Wachstum schaffen indem sie ökologisch wertvolle Leistungen erbringen, indem sie Dienste organisieren die der Allgemeinheit zugute kommen, indem sie Verantwortung übernehmen im Bereich des lebenslangen Lernens, indem sie das Umfeld für die Partizipation der Frauen mithelfen zu gestalten, indem sie aber auch all jenen Menschen die von der Privatwirtschaft als untauglich bezeichnet werden Arbeitsplätze zur Verfügung stellen die diese bewältigen können.

Nun kann man verstehen dass das SIC diese globale Sicht der Dinge nicht sonderlich interessiert da es direkt nichts mit ihren tagtäglichen « Sorgen » zu tun haben mag. Was kratzt sie eine makroökonomisch geführte Diskussion um die Richtigkeit von fundamentalen Positionen, wenn sie davon überzeugt sind dass der Kuchen des Wirtschaftens in Luxemburg der ist der er ist, und dass es unverfrorene Eindringlinge gibt die einen Teil davon an sich reissen, und dass diese Eindringlinge den Solidarbeitrag des erwirtschafteten Reichtums und Geldes der Privatwirtschaft noch dazu aufzehren. Eine Unverschämtheit, geradezu dreist.

Diese Sicht der Dinge ist zumindest naiv, das hat auch die Europäische Kommission erkannt und dies ist in rezenten Analysen, Forschungsergebnissen und Kommunikationen zum Dritten System nachzulesen.

Diese Arbeiten beschäftigen sich vornehmlich mit praxisbezogenen Projekten und deren Wirkungen und Auswirkungen.

Und hier steht Luxemburg durch die Arbeit des OPE sehr gut da.

Fakt ist nämlich dass das Modell OPE das konsequent auf die Lokalentwicklung setzt, es fertigbringt auf dieser lokalen Ebene den Mittelstand für eine gemeinsame Vorgehensweise zu gewinnen, um diese dann in eine komplementäre Zusammenarbeit umzusetzen. Das klappt vorzüglich, und ist um so bedeutender als man weiss dass in Zukunft die Zivilgesellschaft nicht nur in politischen Fragen ihren Beitrag leisten soll, sondern auch in wirtschaftlichen.

Dieselben Erfolge weist OPE auch auf nationaler Ebene auf, indem wir in dieser ganzen Diskussion, auch und vor allem in Bezug auf die unlautere Konkurrenz, mit dem nationalen Verband der Gärtner einen Vertrag abgeschlossen haben. der die Komplementarität unserer Aufgaben beschreibt und mögliche praktische Zusammenarbeit organisiert.

Dies ist wichtig für Luxemburg, wegweisend für Europa und lehrreich für das SIC.

In diesem Sinne laden wir das SIC ein sich mit uns, und warum nicht mit dem Gärtnerverband zusammen, an einen Tisch zu setzen und eine tiefgreifende Diskussion über Sinn oder Unsinn einer wie von der OPE vertretenen Solidarwirtschaft (oder Drittes System) zu führen.

Mars 2003

Die Rolle des Objectif Plein Emploi im Kontext des Nationalen Plans zur Nachhaltigen Entwicklung.

Der Ansatz von OPE das Recht auf Arbeit in den Vordergrund seiner Mission zu stellen erweist sich seit nunmehr zehn Jahren Aktivitäten als der Richtige.

Im Zuge dieser Arbeit hat OPE sich an den Diskussionen zur Beschreibung neuer Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Ausgrenzung und Verarmung verschiedener Bevölkerungsschichten beteiligt und orientiert.

Diese Diskussionen die vornehmlich in europäischen Netzwerken und Projekten geführt werden, sehen vor dass das Problem Arbeitslosigkeit nicht isoliert als solches behandelt werden soll, sondern dass es in den Kontext der Nachhaltigen Entwicklung gehört.

Dies hat zur Folge dass nicht nur wirtschaftlich-konjunkturelle Ursachen zählen wenn man der Arbeitslosigkeit beikommen möchte, sondern dass man das Problem in seiner Ganzheitlichkeit erfassen muss.

Die Instrumente derer sich OPE zur Umsetzung dieser Ambitionen bedient, sind und waren, erstens, die Strategien der lokalen Entwicklung und zweitens, die Konzepte der Solidarwirtschaft.

Es sind heute essentielle Ansatzpunkte zur Definition der nachhaltigen Entwicklung im Allgemeinen geworden und es sind ebenfalls Schwerpunkte des Projektes für einen gesetzlichen Rahmen für die Nachhaltige Entwicklung wie er vom Umweltministerium, auf der Basis des « Nationalen Planes zur Nachhaltigen Entwicklung in Luxemburg », vorgeschlagen wird.

OPE ist grundsätzlich der Meinung dass mit dem Gesetzesprojekt des Arbeits- und Beschäftigungsministeriums, hin zu einem legislativen Kader für die sozialen Initiativen für Beschäftigung, nur wiederum Flickarbeit geleistet werden kann und wir dem Problem der Arbeit und Beschäftigung in seiner Ganzheitlichkeit nicht gerecht werden können.

Die Möglichkeiten die die nachhaltige Entwicklung im Sinne eines umfassenden Gesamtkonzeptes bietet, scheinen uns viel aussichtsreicher zu sein um dem Problem der Arbeitslosigkeit beizukommen.

Drei Schwerpunktthemen werden als Grundpfeiler und Motoren einer solchen Nachhaltigen Entwicklung genannt : der Umweltschutz und der Schutz der natürlichen Ressourcen, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die soziale Solidarität.

Wenn die Losung gilt dass Nachhaltige Entwicklung auch Arbeitsplätze schafft, dann wird die von OPE erbrachte Leistung nicht nur ein zusätzlicher Hilfsmotor in diesem Kontext sein, sondern ein breites Experimentierfeld das zu neuen gesellschaftlich verantwortungsvollen Modellen des Zusammenhalts und der Nachhaltigkeit führen wird.

Wir haben die Schwerpunkte der Arbeit von OPE mit der lokalen Entwicklung und mit der Solidarwirtschaft beschrieben. Sie korrespondieren insofern mit den drei Grundpfeilern des nationalen Plans für eine Nachhaltige Entwicklung als wir feststellen dass :

- der Umweltschutz und der Schutz der natürlichen Ressourcen fester Bestandteil der konkreten Arbeiten sind die von den lokalen Mitgliedsorganisationen des OPE-Netzwerkes ausgeführt werden. Es sind dies Arbeiten in den Bereichen Renaturierung (Boden und Wasser), Recycling, Waldarbeiten oder die Förderung im Bereich der regionalen Produktion).

Es ist fast schon müssig hinzuzufügen dass damit die Entstehung von einigen hundert Arbeitsplätzen einhergeht deren Sinn und Wichtigkeit in diesem Zusammenhang kaum bestritten werden können.

Wenn man noch dazu die Leistung von OPE in Bezug auf neue Ausbildungsinhalte und damit einhergehende neue Berufe hinzurechnet, dann erfährt die Nachhaltigkeit auch in Bezug auf die daran beteiligten Menschen ihren ganzen Sinn.

- die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch die Arbeit von OPE profitiert da das Bruttoinlandprodukt steigt, und dies indem neue Dienste organisiert werden die der Allgemeinheit zugute kommen, indem Verantwortung übernommen wird im Bereich des lebenslangen Lernens, indem das Umfeld für die Partizipation der Frauen mitgestaltet wird und indem mitgeholfen wird die Verwendung der (Solidar)Steuer in die Organisation dieser Art des nachhaltigen Wachstums einzuführen.

- die soziale Solidarität am Ursprung unseres ganzen Handelns steht und OPE somit alle 6 Punkte die unter diesem Grundpfeiler des Gesetzesprojektes aufgeführt werden auch leistet.

- OPE trägt zur Festigung unserer sozialen Versicherungssysteme bei indem viele zusätzlichen Mitbürger über geleistete Arbeit nicht nur hilfsbedürftige Empfänger dieser Leistungen bleiben.
- OPE schafft zusätzliche und zugängliche neue Arbeitsplätze die unter anderem auch von Menschen geleistet werden können die nicht die vorgegebene Norm unseres Wirtschaftens erfüllen können.
- OPE gestaltet über den Weg dieser neuen Arbeitsfelder neue Ausbildungsmöglichkeiten und kann so vornehmlich junge Menschen die im normalen Schulsystem Schwierigkeiten hatten neue Möglichkeiten eröffnen.
- OPE ist ein Netzwerk mit rund 700 Beschäftigten, Männer und Frauen, indem beide Geschlechter zu absolut gleichen Konditionen arbeiten.
- OPE gibt seinen Mitarbeitern die gleichen Chancen über lohnbezogene Sozialabgaben zum Generationenvertrag in Punkto Renten beizutragen, wie dies übrigens alle anderen arbeitenden Menschen auch tun.
- OPE ist einer der Mitbegründer des Netzwerkes Help, das im Bereich der Pflegeversicherung tätig ist, und trägt somit auch zur Verbesserung der allgemeinen Gesundheitssituation und des dezenten Lebens aller Mitbürger bei.

Diese Ausführungen dürften helfen ein Verständnis dafür zu entwickeln dass die Solidarwirtschaft ein wesentlicher Bestandteil des globalen Konzeptes der Nachhaltigen Entwicklung ist.

Dass aber auch Nachhaltige Entwicklung und Lokalentwicklung, nicht nur wegen der Namensanalogie, sehr eng miteinander verbunden sind liegt auf der Hand.

Jeder einzelne ist gefordert zum Gelingen der Nachhaltigen Entwicklung beizutragen heisst es im « Umwelt-info » des Umweltministeriums. Das bedeutet natürlich dass jeder Mitbürger etwas dazu beitragen muss. Es bedeutet ebenso dass dies natürlich auch die Familie betrifft die ihr Leben darauf ausrichten kann und dass es gilt in der Gemeinschaft ebenso zu handeln. Und wo liesse sich die Gemeinschaft denn am Besten organisieren, wenn nicht auf lokalem Plan.

Die Gemeinden sind die kleinste und übersichtlichste Ebene in der Demokratie stattfindet und die damit verbundenen politischen Entscheidungen getroffen werden.

In diesem Sinne hätte OPE zwei Vorschläge zu machen die zum Gelingen einer Strategie für eine Nachhaltige Entwicklung beitragen können.

Erstens, denken wir dass ein 4 Grundpfeiler zum Abdecken des Gesamtkonzeptes zu einer Nachhaltigen Entwicklung erforderlich wäre der sich mit den Gedanken zur « Gouvernance » auseinandersetzt. Die Zivilbevölkerung miteinbinden ist als erklärtes Ziel formuliert worden und ONG's können auch ganz bestimmt ihren Teil dazu beitragen. Aber es wird auch darum gehen über eine neue Aufteilung von Verantwortungen zwischen Staat und Gemeinden zu diskutieren um so jeden einzelnen Bürger am Prozess beteiligen zu können.

Zweitens schlägt OPE vor die Ministerien Staat, Umwelt, Wirtschaft, Innen und Beschäftigung, nach dem Muster E-Luxembourg, in einer speziellen Kommission zusammenzuführen um so alle vorgenannten Elemente koordinieren zu können.

Jede Institution oder Organisation die ein Arbeitsfeld beschreiben kann das die verschiedenen Bereiche und Ziele zu einer Nachhaltigen Entwicklung abdeckt, könnte somit einen adäquaten Ansprechpartner vorfinden.

Für das OPE wäre dies sinnvoll da wir heute grösstenteils vom Arbeits-und Beschäftigungsministerium abhängen und uns, wie oben ausgeführt, überhaupt nicht auf einen Auftrag im Sinne der Beschäftigungsinitiativen beschränken.

Wenn OPE ausschliesslich im Rahmen eines Gesetzes zur Beschäftigung seine Aktivitäten entfalten soll, dann geht der wichtigste Auftrag, der Beitrag zu einer Nachhaltigen Entwicklung ganz sicher verloren.

OPE hat bewiesen dass es das nötige Know-how zur Ausführung einer solchen Aufgabe besitzt, schade wäre es ganz sicher wenn dieses Potential sich nicht weiter optimal entfalten könnte.